



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen haben uns außen- wie innenpolitische Ereignisse in Atem gehalten:

Die Ibiza-Affäre hat die österreichische Regierung zu Fall gebracht; Theresa May hat ihren Kampf um den Brexit endgültig aufgegeben und wird Ende Juli ihr Amt als Regierungschefin niederlegen; bei der Europawahl hat die CSU mit 40,7 % zwar einen Aufwärtstrend zu verzeichnen, die CDU musste jedoch teilweise herbe Verluste hinnehmen.

Nachdem dann auch noch Andrea Nahles sowohl vom SPD-Partei- als auch Fraktionsvorsitz zurückgetreten ist, stellen viele Bürger die Frage, ob auch unsere Regierung wackelt oder ob die Große Koalition ausreichend Bestandskraft hat.

Für uns als Union steht ganz klar fest: Als stärkste politische Kraft in Deutschland sehen wir uns in der Verantwortung, für Stabilität zu sorgen und das Land weiter am Laufen zu halten. In den 70 Jahren unserer Republik haben wir 50 Jahre lang die Bundesregierung geführt und unserem Land einen guten Dienst erwiesen. Dies wird sich wegen interner Querelen der SPD nicht ändern.

Unsere Aufgabe ist es, auch weiterhin die wichtigen Vorhaben, an denen wir arbeiten, voranzubringen. Innenpolitisch geht es uns dabei um die Verbesserung der Infrastruktur, die Schaffung von Wohnraum und die Erhaltung der Schöpfung. Außenpolitisch stehen vor allem EU-Themen auf der Agenda: So wird gerade das gesamte Personaltableau der EU verhandelt, der EU-Finanzrahmen muss festgelegt werden und auch die Frage des Brexit ist noch offen.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Migrationspaket verabschiedet	2
Gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Kindergeld	3
Rechnungsprüfungsausschuss beschließt Weiterbau der B303	4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Migrationspaket für qualifizierte Zuwanderung und mehr Abschiebungen

Dass die Koalition intensiv und vertrauensvoll zusammenarbeitet, zeigt das umfangreiche Paket zahlreicher Migrationsgesetze, das wir in dieser Woche verabschiedet haben. Die beiden Eckpfeiler dieses Pakets bilden das **Fachkräftezuwanderungsgesetz** und das **Geordnete-Rückkehr-Gesetz**. Beides gehört für uns zusammen: Wir ermöglichen die legale Zuwanderung von Personen, die uns helfen und die wir auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Zugleich setzen wir die Ausreisepflicht derer durch, die unser Land verlassen müssen, da sie nicht schutzbedürftig sind. Beide Gesetze sind Teil einer steuernden Migrationspolitik, die darauf abzielt, den Zuzug qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern und illegale Migration zu begrenzen.

Fachkräftezuwanderungsgesetz

Deutschland braucht aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland. Die Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten ist allerdings nur eine von drei Säulen einer umfassenden Fachkräftestrategie. Diese muss daneben auch die Fachkräftegewinnung in der EU und die Aktivierung der inländischen Potentiale umfassen.

Mit diesem Gesetz stellen wir erstmalig klare Regeln auf, wer unter welchen Voraussetzungen zum Arbeiten nach Deutschland kommen darf. Entscheidend ist die Qualifikation des Bewerbers. Nur wer eine anerkannte Qualifikation hat oder wer so weit qualifiziert ist, dass er mit Anpassungslehrgängen die volle Anerkennung erreichen kann, darf kommen.

Wir wollen eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt nicht in die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb ist für uns von zentraler Bedeutung, dass Personen, die mit den neuen Aufenthaltstiteln zur Ausbildungs- oder zur Arbeitsplatzsuche einreisen, in dieser Zeit keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass wir bei der Zuwanderung von über 45-jährigen über die Höhe des Gehalts oder das Erfordernis einer angemessenen Altersversorgung sicherstellen, dass die Betroffenen im Alter nicht dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegen. Diese Forderung haben wir als CSU im Bundestag Anfang des Jahres auf unserer Klausur in Kloster Seeon beschlossen, jetzt wird sie im Bundesgesetzblatt umgesetzt.

Geordnete-Rückkehr-Gesetz

Um die Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber besser vollziehen zu können, haben wir das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ beschlossen. Wir beseitigen damit Fehlanreize zum rechtswidrigem Zuzug und Verbleib im Bundesgebiet und erleichtern die Abschiebung. Gleichzeitig ermöglicht das Gesetz ein härteres Vorgehen gegen straffällige Ausländer.

Um Abschiebungen konsequent durchführen zu können, wird die Vorbereitungs- und Abschiebungshaft erweitert und der Ausreisegewahrsam effizienter gemacht. Zudem wird ein bundesweites Recht zum Betreten von Wohnungen zur Suche nach Abzuschiebenden eingeführt. Darüber hinaus führen wir die Mitwirkungshaft ein, wenn der Ausländer bestimmten Anordnungen zur Identitätsfeststellung nicht nachkommt. Schließlich erlaubt das Gesetz die Einschränkung von Leistungen, wenn die Bundesrepublik nicht für die Asylverfahren zuständig ist. So sollen Fehlanreize bei der Sekundärmigration aus anderen EU-Staaten vermieden werden.



Die Koalition bleibt handlungsfähig

Die große Koalition braucht Stabilität, weil wichtige Aufgaben vor uns liegen. Daher ist nach dem Rückzug von Andrea Nahles von Partei- und Fraktionsvorsitz der Koalitionspartner aufgerufen, seine Personalfragen nun möglichst schnell zu klären.



In meinem Video ([hier](#) abrufbar) beantworte ich vier Fragen, die sich zur aktuellen politischen Lage stellen.

„Wir müssen jetzt handlungsfähig sein. Gerade in einer Zeit, wo es auch darum geht, in Europa in der europäischen Union, Weichen zu stellen.“

Gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Kindergeld

In dieser Woche haben wir ein Gesetz verabschiedet, das eine bessere Grundlage zur Bekämpfung einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Kindergeld schafft. Hier geht es um Fälle, in denen durch Vorlage gefälschter Dokumente und Scheinarbeitsverträge unberechtigt Kindergeld gezahlt wird. Diese Zahlungen kamen dabei nicht den Kindern zugute, sondern meist kriminellen Banden.

Mit dem Gesetz wird eine eigene Prüfungskompetenz der Familienkassen für die Frage der Freizügigkeitsberechtigung eingeführt und Zahlungseinstellung bereits bei Betrugsverdacht ermöglicht. Auch besteht fortan für neu zugezogene Unionsbürger in den ersten drei Monaten nur dann Anspruch auf Kindergeld, wenn sie Einkünfte nachweisen.

Diese Maßnahmen setzen ein klares Stoppschild gegen Sozialleistungsmissbrauch und verhindern Anreize, nur wegen des Kindergeldes nach Deutschland zu kommen.

Martin Löhnert aus Hof nimmt am parlamentarischen Planspiel teil

Das Programm „Jugend und Parlament“ (JuP) ist ein großartiges Planspiel des Deutschen Bundestages für Jugendliche zwischen 17 und 20 Jahren, die für vier Tage in die Rollen von fiktiven Abgeordneten schlüpfen. Mit Freude habe ich diese Woche einen Teil der Plenarsitzung geleitet. Dieses Jahr habe ich Martin Löhnert aus Hof als Teilnehmer benannt, der spannende Einblicke in die Arbeit des Parlaments bekommen hat.





Rechnungsprüfungsausschuss beschließt Weiterbau der B303

Durch Beschluss hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages das Bundesverkehrsministerium heute aufgefordert, von den geplanten zwei Bauabschnitten „B303“ den ersten Bauabschnitt der Baumaßnahme und damit die begonnene Maßnahme fertigzustellen. Allerdings verlangt er, von allen weiteren Maßnahmen zwischen der A93 und der Bundesgrenze abzusehen.

Damit hat sich heute die monatelange beharrliche Überzeugungsarbeit ausgezahlt. Mit der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts wird die Strecke auf einer Gesamtlänge von 2,5 km nun endlich vierspurig. Dies ist ein wichtiges Signal für die Wirtschaft und für die Bürger vor Ort, die seit langem auf den Lückenschluss warten. Es ist aber auch das Signal an unsere tschechischen Nachbarn, dass wir das Zusammenwachsen Bayerns und Tschechiens vorantreiben wollen.

Schade ist, dass sich die SPD der Realisierung des zweiten Bauabschnitts verweigert. Wir werden auch in der Zukunft nicht nachlassen, den vollständigen Lückenschluss als CSU-Programm zu verwirklichen.

Ein Jahr DSGVO – eine Bilanz

In dieser Woche habe ich mit Manuel Höferlin (FDP) und Nils Leopold (Bündnis 90/Die Grünen) im Rahmen einer von der Stiftung Datenschutz organisierten Diskussionsrunde über den Zustand und die Zukunft des Datenschutzes in Deutschland gesprochen. Im Fokus stand dabei die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die seit einem Jahr verbindlich anzuwenden ist.

Wir waren uns darüber einig, dass sich manch ´ anfängliche Skepsis und Unsicherheit inzwischen gelegt haben, auch wegen des maßvollen Vorgehens der Aufsichtsbehörden. Unstrittig war auch, dass die DSGVO die Bürger und auch die Unternehmen dafür sensibilisiert hat, mit ihren Daten und den Daten Dritter sorgsamer umzugehen.

Kritisch sehe ich allerdings nach wie vor, den mit der DSGVO verbundenen Bürokratieaufwand gerade für kleine und mittlere Unternehmen oder auch beispielsweise für Vereine, die nun verpflichtet sind, umfassende Einwilligungen einzuholen oder Datenschutzbeauftragte einzustellen.

Datenschutz ist wichtig, aber er darf keinesfalls zum Hemmschuh für die Wirtschaft oder zum Innovationskiller werden oder gar die Ausübung des Ehrenamts gefährden.



V.l.n.r.: Nils Leopold,
Manuel Höferlin,
Dr. Hans-Peter Friedrich,
Frederick Richter (Stiftung
Datenschutz)



Hochfranken soll 5G-Modellregion werden

Um die 5G-Technologie voranzutreiben, wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart, fünf Regionen in Deutschland prioritär mit diesem Mobilfunkstandard auszustatten. Demnächst wird das Bundesverkehrsministerium die entsprechenden Förderrichtlinien bekanntgeben.

Hochfranken, mit den Landkreisen Wunsiedel und Hof sowie der Stadt Hof, muss seinen Hut in den Ring werfen, um eine dieser fünf Regionen zu werden. Denn schon heute steht fest, dass die 5G-Technologie den Mobilfunkmarkt grundlegend verändern wird. Sie bietet die Chance, die vernetzte Industrie der Zukunft aufzubauen, kommunale Herausforderungen wie Gesundheits- oder Energieversorgung neu zu denken und innovative Mobilitätsangebote zu schaffen, die gerade im ländlichen Raum dringend gebraucht werden.

In einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Scheuer habe ich in dieser Woche erneut das Interesse Hochfrankens auch schon im Vorfeld der Förderrichtlinienbekanntgabe zum Ausdruck gebracht.

Wir müssen diese Chance unbedingt nutzen. Unsere Region ist von international tätigen mittelständischen Betrieben geprägt, die dringend auf eine gut funktionierende 5G-Infrastruktur warten. Insbesondere ist erforderlich, alle Gewerbegebiete bevorzugt an die 5G-Versorgung anzubinden. Für die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe dürfte eine gute 5G-Versorgung schon bald über die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheiden.

Hochfranken mit seiner langen Industriegeschichte war schon immer geprägt von Veränderungen, sei es durch den Strukturwandel in der Textil- und Porzellanindustrie hin zu einer Maschinenbau- und Automobilzuliefererstruktur oder durch den Fall des Eisernen Vorhangs. All diese Herausforderungen haben wir bislang gemeistert und können uns heute ganz selbstbewusst als „Meister des Wandels“ bezeichnen.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat